LandesArmutsKonferenz
NIEDERSACHSEN

HANNÖVERSCHE EINHEITS-ZEITUNG
zum 3. Oktober
1. Jahrgang 2014

HEZ

Die Mauer muss weg

Uns geht es gold: Deutschland war 2013 Exportweltmeister, ist 2014 Fußballweltmeister, die Aktienkurse nähern sich neuen Rekorden, die Vermögen wachsen unaufhaltsam, mittlerweile gibt es über eine Million Vermögensmillionäre. Feiern dürfen wir auch: 2014 hat Deutschland „Silberne Hochzeit“, vor 25 Jahren fiel die Mauer. Im Einigungsvertrag von 1990 wurde der 3. Oktober als Tag der Deutschen Einheit zum gesetzlichen Feiertag bestimmt. Dieser Tag wird jedes Jahr in einem anderen Bundesland gefeiert. 2014 ist Niedersachsen an der Reihe und in der Landeshauptstadt Hannover findet eine riesengroße, fröhliche Party statt.

Alles bestens? Mitnichten. Es gibt nach wie vor eine Mauer quer durch unsere Gesellschaft: Die Mauer zwischen Arm und Reich. Diese Spaltung der Gesellschaft wird immer größer und Massenarmut in einem der reichsten Länder der Welt stellt einen Skandal dar, den wir nicht länger akzeptieren dürfen. Gemeint ist hier nicht absolute Armut im Weltmaßstab von einem Dollar Einkommen pro Tag. Bei uns gilt die EU-Definition: Wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung eines Landes zur Verfügung hat, ist von Armut bedroht. Diese Grenze lag 2012 in Niedersachsen bei 859 Euro, fast jeder sechste Niedersachse war davon betroffen. Katastrophal ist die Situation bei Alleinerziehenden, überwiegend Frauen: 44 Prozent sind arm. Wenn Armut ein Gesicht hat, ist es weiblich. 58 Prozent aller Erwerblosen gelten als arm, aber mittlerweile schützt auch Arbeit nicht vor Armut. 1,3 Mio. Erwerbstätige beziehen bundesweit ergänzende Hartz-IV-Leistungen.

Foto: Jens Schulze

Die Zeiten sind vorbei, als der klassische „Postbote“ trotz relativ geringen Einkommens einmal im Jahr mit seiner Familie im VW eine Woche Urlaub in Italien machen konnte. Der heutige Zusteller arbeitet überwiegend im prekären, armutsbedrohten Niedriglohnbereich, wie 22 % aller Beschäftigten, und kann von Familiengründung, Auslandsurlaub und Auto nur nach Feierabend träumen, wenn er von der Knochenarbeit nicht zu kaputt zum Träumen ist.

Wohlstand für alle, dieser Gründungsmythos unserer Gesellschaft ist zu einer zynischen Floskel verkommen: 1,5 Mio. Menschen müssen sich regelmäßig in Suppenküchen, neudeutsch „Tafeln“, ernähren, weil der Monat mal wieder zu lang für das Geld war.

Teilhabe an Kultur und Bildung ist für viele Menschen unbezahlbarer Luxus geworden.

Auf der anderen Seite unserer unsichtbaren Mauer hat allein die Familie Quandt im Jahr 2012 von einem einzigen Unternehmen, von BMW, 650 Mio. Euro Dividende kassiert.

In keinem EU-Land ist die Kluft zwischen Arm und Reich so groß wie in Deutschland!

Was tun? Ein paar Beispiele: Wohlfahrts- und Sozialverbände fordern eine deutliche Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze, Gewerkschaften plädieren für einen öffentlichen Beschäftigungssektor für Langzeitarbeitslose, Betroffene und deren Initiativen wehren sich vehement gegen ausufernde und von ihnen als schikanös empfundene Hartz-IV-Sanktionsregelungen.

Wer von Armut redet, darf vom Reichtum nicht schweigen, die Diskussion um Verteilungsgerechtigkeit als eine Grundlage für mehr Teilhabegerechtigkeit muss neu geführt werden. Die Instrumente dafür sind bekannt: Einführung einer Finanztransaktionssteuer, höhere Besteuerung von Vermögen und Erbschaften sowie effektiverer Steuervollzug.

Darüber kann man trefflich streiten. Unstrittig dürfte dagegen eine weitere Forderung sein, die die Landesarmutskonferenz Niedersachsen unterstützt: Mehr Teilhabe von Betroffenen am gesellschaftlichen Ganzen. Kultur und Bildung werden für immer mehr Menschen zu unerschwinglichen Luxusgütern. Wenn unsere Gesellschaft das dauerhaft akzeptiert, untergräbt sie ihr Fundament. Darüber hinaus sollte es im Zeitalter der „Runden Tische“ selbstverständlich sein, Betroffene und ihre Initiativen direkt am Prozess der Armutsbekämpfung zu beteiligen. Die wachsende Spaltung zwischen Arm und Reich bedroht den Zusammenhalt der Gesellschaft. Diese Mauer muss weg. *kdg*

Mehr über die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen und ihre Arbeit können Sie auf der Seite 3 lesen. Erleben können Sie die LAK bei der Einheitsfeier am 2. und 3. Oktober in Hannover, wenn sich dort rund um das Neue Rathaus das Gastgeberland Niedersachsen präsentiert. Im Zelt der Landesarmutskonferenz gibt es garantiert kein Jammern & Klagen sondern Kunst & Kultur für alle! Neben Präsentationen aus dem erfolgreichen Kunstprojekt „Armut? Das ist doch keine Kunst!“ können Sie dort eine Original-Mauer einreißen, sich 100 DM Begrüßungsgeld abholen und „Blühende Landschaften to go“ gewinnen – weltweit einmalig! Kunst zum Mitmachen, Poetry Slam und echte Straßenmusikanten: das sind nur ein paar Beispiele aus dem bunten Programm der Landesarmutskonferenz.

Grußwort des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil für die Sonderausgabe der Hannöverschen Einheits-Zeitung zum Tag der Deutschen Einheit

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Sonderausgabe der HEZ vereint drei Dinge, die mir sehr am Herzen liegen: Hannover, Niedersachsen – und den Tag der Deutschen Einheit. Ich bin stolz, dass wir hier in Niedersachsen und in der Landeshauptstadt Hannover die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit ausrichten und freue mich auf ein buntes Fest mit vielen Menschen aus den verschiedenen Bundesländern, die unsere Gäste sein werden.

Das Fest soll zeigen wie vielfältig, bunt, individuell, tolerant und großzügig Niedersachsen ist. Es wird die Vielfalt unserer Lebensweisen in Deutschland zeigen, aber auch unser solidarisches Miteinander repräsentieren.

Bunt und vielfältig zu sein, hat aber eine Voraussetzung: bezogen auf finanzielle Absicherung und ihren Stellenwert in der Gesellschaft müssen allen Menschen gleiche Chancen eingeräumt werden. Soziale Ausgrenzung darf es nicht geben.

Die HEZ, die von der Landesarmutskonferenz Niedersachen als Sonderausgabe zum Tag der Deutschen Einheit herausgegeben wird, spricht deshalb zu Recht das Thema der sozialen Einheit an. Die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich, in gebildet und ungebildet, muss überwunden werden.

Es ist Aufgabe des Staates, die Rahmenbedingungen zu verbessern, damit Menschen in Würde leben können und Kinder gute Chancen haben, sich zu entwickeln und zu entfalten, unabhängig davon, aus welchem Elternhaus sie stammen oder aus welchem Land sie zu uns kommen.

Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger ist es, das Miteinander im täglichen Leben zu gestalten, Ausgrenzung zu vermeiden, zu helfen, wo man helfen kann und Missstände nicht zu akzeptieren, nur weil sie nicht so einfach zu ändern sind.

Die Selbstorganisation der Betroffenen, wie sie seit Jahrzehnten in der Landesarmutskonferenz gelebt wird, ist dabei ein wichtiger Ansatz, den wir als Land gern unterstützen. Die HEZ gibt den Betroffenen eine Stimme, die auch am heutigen Feiertag gehört werden wird. Sie verdient es, gehört zu werden.

Ich wünsche der Landesarmutskonferenz weiter viel Erfolg bei ihrer Arbeit und der HEZ viele Leserinnen und Leser.

Hannover, im Juli 2014

Stephan Weil
Niedersächsischer Ministerpräsident

Editorial

Was ist die HEZ?

Die HEZ erscheint einmalig und kostenlos zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober. Sie ist Bestandteil der Interventionen der Landesarmutskonferenz LAK Niedersachen zu diesem Feiertag, der 2014 in der niedersächsischen Landeshauptstadt stattfindet. Die HEZ will deutlich machen: Es gibt nach wie vor eine Mauer in Deutschland und die verläuft zwischen Arm und Reich. Wir dürfen uns mit dem Skandal Massenarmut in einer der reichsten Gesellschaften der Welt nicht abfinden. Alle Akteure sind aufgerufen, sich gegen Armut und Ausgrenzung zu engagieren: Politik, Verbände, Gesellschaft und nicht zuletzt die Betroffenen. Ohne ihre Beteiligung kann Armut nicht nachhaltig bekämpft werden. Die HEZ will einen kleinen Beitrag dazu leisten, indem sie verschiedenen Akteuren aus dem Bereich der Armutsbekämpfung eine gemeinsame Plattform bietet. Sie engagiert sich für mehr Teilhabe und soziale Gerechtigkeit. Sie wird auch vorab verteilt über Verbände und Mitglieder der Landesarmutskonferenz, über Betroffene und deren Initiative, in Stadtteilzentren, Jobcentern, Parteien, Geschäften und interessierten Organisationen.

Wer macht die HEZ?

Die Macher der HEZ sind Achim Beinsen, Klaus-Dieter Gleitze und Hermann Sievers. Alle drei haben Erfahrung in der Arbeit mit Erwerbslosen, in der prekären Kulturszene und im Zeitungsmachen. Die Idee zur HEZ entstand während ihrer gemeinsamen Arbeit am Projekt „Armut? Das ist doch keine Kunst!“.

Was wird aus der HEZ?

Eine kontinuierlich erscheinende Zeitung, natürlich unter anderem Namen: „Das Blatt“ (Arbeitstitel). Ein Organ für kreative Beteiligungskultur in Niedersachsen.

Inhaltlich ist die hier vorliegende Ausgabe der HEZ ein Kompass, der zeigt, in welche Richtung es gehen kann. „Das Blatt“ soll dann auch eine Plattform sein, um die Sprachlosigkeit zwischen Betroffenen und ihren Initiativen auf der einen Seite und Verbänden und Politik auf der anderen Seite zu überwinden. Lieber chaotisch miteinander reden, als gezielt aneinander vorbei.

Uns ist ein guter, niedrigschwelliger Zugang zu Kultur und Bildung für alle besonders wichtig, Zitat: „Kunst ist für den Menschen genauso ein Bedürfnis wie Essen und Trinken.“ (Fjodor M. Dostojewski). Der Idealfall tritt dann ein, wenn aus den drei Machern ein bunter Haufen Macher/innen geworden ist, mit vielen Betroffenen und ihren Initiativen, die das Blatt nach ihren Bedürfnissen und Interessen mitgestalten. Da so was nur organisch geht, hier unser Aufruf: Beteiligt Euch! Schüttet uns zu mit Beiträgen, Gedichten, Fotos, Tipps, was immer Euch wichtig ist. Über sachliche Kritik freuen wir uns nicht nur, wir sind notwendig darauf angewiesen, wenn es mit der HEZ weitergehen soll. *HEZ*

Jeder muss seine Chance erhalten

Interview mit Dr. Christoph Künkel, Diakonie in Niedersachsen

HEZ: Der 3. Oktober ist der Feiertag der deutschen Einheit, aber eine Spaltung wird immer größer: die zwischen Arm und Reich. Was muss hier aus Sicht der Diakonie gesellschaftlich und ökonomisch passieren, damit zusammenwächst, was zusammengehören soll?

Dr. Christoph Künkel: Grundsätzlich ist es für keine Gesellschaft gut, wenn die Kluft zwischen Arm und Reich auseinandergeht. Nun haben wir in unserem Land noch keine Verhältnisse wie in manchen Staaten Südamerikas, wo die Wohlhabenden sich und ihren Reichtum durch hohe Schutzmauern schützen. Aber es besteht in unserem Land zunehmend eine „unsichtbare“ Mauer, die immer mehr Menschen vom gesellschaftlichen Leben abkoppelt. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege hat im Rahmen der „Handlungsorientierten Sozialberichterstattung des Landes“ einen Anlagenbericht zum Thema Alleinerziehende in Niedersachsen veröffentlicht. Die Zahlen sind alarmierend. Neben Familien mit höherer Kinderzahl sind insbesondere Alleinerziehende von Armut gefährdet. In sechs Jahren ist die Zahl der armutsgefährdeten Frauen bis 2011 um 6,7 Prozentpunkte auf nunmehr 44,2 Prozent gestiegen. Das sind in absoluten Zahlen 106 000 Alleinerziehende mit ihren Kindern.

Wir müssen gegen die Spaltung in Arm und Reich in unserem Land ankämpfen. Die Politik hat den Rahmen zu schaffen, um z.B. die Kinderbetreuung zu verbessern. Der Regelsatz der Grundsicherung muss wiederum so angepasst werden, dass Familien mit Kindern keine Ausgrenzung droht. Neben dem Staat sind auch die gesellschaftlich relevanten Gruppen wie die Kirchen gefordert. Sie müssen für die Solidarität in unserer Gesellschaft arbeiten und mit gutem Beispiel vorangehen. So veranstaltet das Diakonische Werk in Niedersachsen z.B. seit drei Jahren eine Solidaritätstafel in Hannover mit dem Ziel, Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und gesellschaftlichen Schichten beim gemeinsamen Essen zusammenzubringen. Das erzeugt regelmäßige „Aha-Erlebnisse“, wenn sich z.B. die Sozialministerin an den Tisch mit den Besuchern in der Innenstadt von Hannover setzt, oder der Oberbürgermeister mit obdachlosen Menschen ins Gespräch kommt – und viele andere es diesen beiden gleich machen. So wird spürbar, dass es lebenswert ist, wenn wir uns aufeinander einlassen trotz mancher Unterschiede, die es gibt.

HEZ: An welchen Projekten arbeitet die Diakonie in Niedersachsen zurzeit, um die Teilhabechancen für ärmere und einkommensschwache Menschen zu erhöhen?

CK: Am Tag der deutschen Einheit erinnern wir uns daran, dass „wir ein Volk“ sind. Gut dass die Mauer gefallen ist. Wir dürfen keine neuen entstehen lassen. Wir müssen alles dafür tun, dass bei uns jeder willkommen ist und seine Chance erhält.

In über 400 Beratungsstellen der Diakonie in Niedersachsen beraten wir Menschen, die Hilfe in unterschiedlichsten Situationen benötigen. Für uns ist es immer wichtiger geworden, nicht über arme Menschen zu sprechen, sondern die Betroffenen selbst mit einzubeziehen, wenn es um Lösungsmöglichkeiten ihrer Situation geht. Diesen Ansatz verfolgen wir nicht nur in der Beratung. Wir unterstützen seit einigen Jahren Kirchengemeinden, die Verantwortung in ihrem Stadtteil oder Dorf übernehmen. Gemeinwesenarbeit nennen wir das: Arbeit mit und für das, was den Leuten eines Quartiers wichtig ist. In solchen Projekten sind z.B. Begegnungsstätten oder Hausaufgabenhilfen für Kinder und Jugendliche entstanden.

Mit Hilfe der Initiative „Zukunft(s)gestalten“ der Landeskirche Hannovers zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut konnten wir seit 2007 fast 300 Projekte mit weit über 2,3 Millionen Euro fördern. Allein im Jahr 2013 bewilligten wir 20 neue Projekte und gaben fast 300.000 Euro an Fördermitteln weiter. Die Fördermittel wurden vor Ort finanziell durch Spenden und Eigenbeiträge der Gemeinden sowie, was am wichtigsten ist, durch das Engagement vieler Ehren- und Hauptamtlicher personell aufgestockt. Auf diese Weise konnten wir gerade auch im ländlichen Niedersachsen der Armut auf dem Land entgegentreten.

HEZ: In der Bibel heißt es, durchaus militant: „Dann ging Jesus in den Tempel, jagte alle Händler und Käufer hinaus ...“. (Matthäus 21,12-17) Wir leben in einer Welt, die bis in den Alltag hinein dem Diktat der Ökonomie unterliegt. Wie würde sich Jesus Ihrer Meinung nach heute engagieren?

CK: Ich glaube, er würde mit und bei den Menschen leben, die am Rande sind, auf der Straße, von Armut bedroht. Das hat er auch damals schon getan. Zugleich würde er in die Fußgängerzonen gehen und in die Einkaufstempel, Banken, Bahnhöfe und öffentlichen Gebäude und wie damals fragen: „Was macht Ihr? Ändert euch!“ Und ich glaube, dass er besonders deutlich in den Kirchen dazu aufrufen würde, dass Menschen sich aufraffen und sich für eine gerechte und bessere Gesellschaft engagieren. Um zu helfen, müssen wir nicht auf der Straße leben. Auch müssen wir nicht auf Wohlstand, Essen und Trinken verzichten. Aber wir müssen lernen, dass man Geld nicht essen kann. Und dass das Leben erst dann reich wird, wenn alle Menschen eine Chance haben.

Wir müssen lernen, wieder gemeinsam „Wir“ zu sagen und durchbuchstabieren, was das heißt. So haben wir die deutsche Einheit geschaffen. Eine tolle Leistung. Sie wird noch besser, wenn wir die neuen Mauern zwischen Armen und Reichen ebenso niederreißen und lernen „Wir“ zu sagen.

Dr. Christoph Künkel (Foto) ist Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen. Die Diakonie in Niedersachsen ist Mitglied der Landesarmutskonferenz.

Diakonie
in Niedersachsen

In der Nächsten Nähe

Die Diakonie ist der größte Wohlfahrtsverband in Niedersachsen und bietet ein landesweites Netz von Hilfsangeboten und Beratungsstellen. Schuldnerberatung, Suchtberatung und allgemeine Sozialberatung werden jährlich von vielen tausend Menschen in Niedersachsen genutzt.

Diakonie: Wir setzen Zeichen gegen soziale Ausgrenzung

Diakonie setzt sich für Teilhabe und soziale Gerechtigkeit ein. 2014 kamen 2000 Menschen zur dritten **„Solidaritätstafel gegen Armut und soziale Ausgrenzung“** von Diakonie und Caritas in Hannover.

Diakonisches Werk evangelischer Kirchen in Niedersachsen e.V.
Ebhardtstr. 3 A · 30159 Hannover · Telefon: 0511-3604-0
www.diakonie-in-niedersachsen.de

Was ist die Landesarmutskonferenz Niedersachsen?

Über die LAK Niedersachsen und den Einheitstag

Die Landesarmutskonferenz Niedersachsen ist ein Zusammenschluss der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, des DGB-Landesbezirks und von Initiativen und Verbänden. Ziel der LAK ist eine konzertierte Aktion gegen Armut und Arbeitslosigkeit. Sie setzt sich für mehr Betroffenenbeteiligung ein. Die Landesarmutskonferenz Niedersachsen wird gefördert vom Land Niedersachsen

Was will die Landesarmutskonferenz Niedersachsen?

In einem breiten Bündnis mit Wohlfahrts- und Sozialverbänden sowie Gewerkschaften hatte die LAK Niedersachsen anlässlich der letzten Bundestagswahl unter anderem folgende Forderungen aufgestellt: Gute Arbeit statt prekärer Beschäftigung: „Öffentlicher Beschäftigungssektor“ für Langzeitarbeitslose mit sozialversicherungspflichtigen, tariflich bezahlten Beschäftigungsverhältnissen. Inklusion statt Ausgrenzung in der Bildung: Ein Bildungssystem, in dem Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam lernen können. Umverteilung statt Ausgrenzung: Effektiverer Steuervollzug und energisches Vorgehen gegen Steueroasen und Steuerflucht. Menschenwürdiges Existenzminimum statt Hartz IV: Eine Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze, die den Bedürfnissen der Menschen entspricht. Die LAK Niedersachsen steht für mehr soziale Gerechtigkeit – gegen Armut und Ausgrenzung.

Was macht die Landesarmutskonferenz Niedersachsen?

Kampagnen und öffentlichkeitswirksame Aktionen, um Forderungen zur Armutsbekämpfung durchzusetzen und Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren. Kooperation mit nationalen Armutskonferenzen, sozialpolitischen Akteuren und Betroffenen und deren Initiativen. Lobbyarbeit. Fachtage wie „Grenzen der Gerechtigkeit? – Armut in Niedersachsen und Europa“ am 20. November 2014 in Hannover. Mitarbeit in Bündnissen wie „Umfairteilen – Reichtum besteuern“. Seminare. Workshops. Vorträge. Mehr unter *www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de*.

Was findet bei der Einheitsfeier in Hannover am 2. und 3.10 am Zelt der LAK Niedersachsen statt?

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen will die Spaltung unserer Gesellschaft zwischen Arm und Reich mit ihrer kreativen Intervention „Die Mauer muss weg!“ zum Thema machen. Den Schwerpunkt der LAK Intervention bildet das Kunstprojekt „Armut? Das ist doch keine Kunst!“ *(www.armut-das-ist-doch-keine-kunst.de)* mit spektakulären Performances, Kunstobjekten, Kunst für alle und Satireaktionen.
Das Zelt der Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen befindet sich im „Niedersachsenbereich“ rund um das Neue Rathaus in Hannover, in Nachbarschaft mit dem Kinderschutzbund Niedersachsen, mit dem wir gemeinsam Aktionen veranstalten.
Aktuelle Informationen hier: *www.tag-der-deutschen-einheit.de*

LandesArmutsKonferenz
NIEDERSACHSEN

Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen - Mitgliedsorganisationen

Arbeiterwohlfahrt Braunschweig
Arbeiterwohlfahrt Hannover
Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände
Caritasverband
Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit
Deutscher Gewerkschaftsbund
Deutscher Kinderschutzbund
Deutscher Mieterbund
Deutsches Rotes Kreuz
Diakonie in Niedersachsen
Ev. Fachverband Wohnung und Existenzsicherung
LV Tafeln Niedersachsen und Bremen
LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen
Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen
Niedersächsischer Flüchtlingsrat
Paritätischer Niedersachsen
Selbsthilfe-Büro Niedersachsen
Sozialverband Deutschland
Verband alleinerziehender Mütter und Väter
Verbraucherzentrale Niedersachsen
Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen
Geschäftsstelle:
LAG Freie Wohlfahrtsverbände

Klaus-Dieter Gleitze
Fössestr.67
30451 Hannover
- Landesreichtumskonferenz in Gründung

Klaus-Dieter Gleitze – Fössestr. 67 -30451 Hannover – gleitzek@gmx.de - 0511-2102067

Dr. h.c. Carsten Maschmeyer
c/o Maschmeyer Group
Hindenburgstr. 42
30175 Hannover

30.07.2014

Gründung einer Landesreichtumskonferenz

Sehr geehrter Herr Dr. h.c. Maschmeyer,
wir laden Sie herzlich ein zur Gründung einer „Landesreichtumskonferenz Niedersachsen“.
Der Gründungskongress findet statt im Zelt der Landesarmutskonferenz Niedersachsen am 03.10.2014, 16 Uhr, aus Anlass der zentralen Feier zum Tag der Einheit in Hannover. Die genaue Lage des Zeltes am neuen Rathaus senden wir Ihnen noch zu.
Dieser Aufruf zur Gründung einer Landesreichtumskonferenz Niedersachsen versteht sich ausdrücklich *nicht* als Bitte um Spenden. Wir wissen, dass Sie Stiftungen und Institutionen finanziell unterstützen und damit einen positiven caritativen gesellschaftlichen Beitrag leisten.
Mit der Gründung der „Landesreichtumskonferenz Niedersachsen“ wollen die Unterzeichnenden vielmehr ein Signal setzen:
Sie sehen die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich mit Sorge und setzen mit der Gründung dieser bundesweiten ersten Reichtumskonferenz ein Zeichen für mehr Solidarität.
Details finden Sie im Entwurf der Gründungserklärung anbei.
Änderungswünsche der vorliegenden Gründungserklärung können natürlich noch berücksichtigt werden, gerne auch im Rahmen einer Diskussion über den vorliegenden Entwurf am 03.10.2014. Die genaue Tagesordnung der Gründungsveranstaltung geht Ihnen noch zu.
Wir haben neben Ihnen noch andere namhafte Vermögende in Niedersachsen eingeladen und freuen uns über ein zahlreiches Erscheinen zur Gründungsveranstaltung, zu der wir auch die Presse einladen.
Wir würden uns sehr freuen, Sie bei unserem Gründungskongress begrüßen zu können und bitten um einen kurzen Bescheid zur besseren Planung. Falls Sie an diesem Tage persönlich verhindert sind, freuen wir uns auch über eine entsprechende Grußbotschaft.
Wir wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg!
Mit besten Grüßen

Klaus-Dieter Gleitze
für die „Landesreichtumskonferenz Niedersachsen in Gründung“

Landesreichtumskonferenz – Gründungskongress bei der Einheitsfeier in Hannover

Die zehn reichsten Niedersachsen (alles Männer) wurden zum Gründungskongress einer Landesreichtumskonferenz eingeladen. Der Kongress findet am 3. Oktober um 16 Uhr im Zelt der Landesarmutskonferenz auf dem Festareal rund um das hannöversche Rathaus statt. Der Kongress tanzt zwar nicht, aber es gibt ein buntes Rahmenprogramm. Wie viele der zehn reichsten Niedersachsen persönlich erscheinen werden, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Wir dokumentieren hier das Einladungsschreiben an Dr. h.c. Carsten Maschmeyer, mit knapp 1,1 Mrd. Euro Vermögen 2012 der drittreichste Niedersachse.

kdg

Da sind alle gleich, ob sie arm sind oder reich

Auf dem Karussell / fahren alle gleich schnell / Da sind alle gleich / ob sie arm sind oder reich.

Das Karussell hält an. Dann krabbeln alle runter / Und jetzt wird einer richtig munter / Das ist der Karussellbesitzer Erwin Dohle / Der schnappt die Tageskasse sich und zählt die Kohle / Dann schaltet, gut gelaunt, den Strom er aus / und fährt mit Karussellbesitzer Meyer zwo nach Haus.

Am Festplatzparkplatz sitzt ein Bettler, ganz ohne Beine / er sitzt im Dunkeln und ist alleine / Herr Dohle sieht ihn nicht und Meyer zwo macht einen Bogen / Der Bettler denkt: Dann hat Bert Brecht ja nicht gelogen / als er für eine Oper diese Verse schrieb / die jetzt noch gleich Juwelen funkeln: / Denn die einen sind im Dunkeln / Und die andern sind im Licht / Und man siehet die im Lichte / Die im Dunkeln sieht man nicht.

Und die Moral von der Geschichte? / Das Karussell steht für die Welt als solches / und es entspringt als Bild dem Hirne eines Strolches / Denn Arm und Reich, die trennen Welten / auf einem Karussell fährt Arm eher selten / Das Bild am Schluss, das trifft die Sache besser / Es ist die Moritat von Mackie Messer.

kdg

Wer bei der Einheitsfeier am 2. und 3. Oktober in Hannover am Zelt der Landesarmutskonferenz Niedersachsen den Sänger des Schlagers nennen kann, aus dem die ersten Gedichtzeilen zitiert sind oder den Namen der Oper, aus dem die Moritat von Mackie Messer stammt, erhält einen 100-DM-Begrüßungsgeldschein und eine blühende „Landschaft to go“ – solange der Vorrat reicht!

@lptraum

– eine publizistische Stimme der Betroffenen

Vor knapp zehn Jahren bahnte sich eine der größten Sozialreformen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland an, die Agenda 2010. Damals begannen Betroffene, sich verstärkt in verschiedenen Zusammenhängen und Projekten zu organisieren, um ihre Interessen wahrzunehmen. Hannoversche Erwerbslose hoben eine selbst produzierte Zeitung namens @lptraum aus der Taufe. Ihr Ziel war es, Erwerbslosen eine Plattform zur Beteiligung und zum Austausch zu bieten, auf die prekäre Situation der Erwerbslosen hinzuweisen und sich für eine gerechtere Sozialpolitik und mehr Teilhabe stark zu machen. Die Zeitung gibt es immer noch, trotz aller Widrigkeiten, der sich ihre Macher von Anfang an ausgesetzt sahen. Gründungsmitglied Heinz-Dieter Grube stellt hier das Projekt vor.

Es ist kaum zu glauben, aber ein kleines, dazu noch ein kostenlos abgegebenes und monatlich erscheinendes Blatt namens @lptraum ist in Hannover immer noch „auf dem Markt“. Und es ist auch im Internet unter www.alptraum.org abrufbar: jeweils als aktuelle Ausgabe und auch als archivierte PDF-Datei. @lptraum als „Periodika“ liefert darüber hinaus brav „Pflichtexemplare“ zur Landesbibliothek.
Seit Januar 2005 hatten sich Aktive aus verschiedenen Erwerbslosengruppen bei ihren regelmäßigen Treffen, damals noch in den Räumen des kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA), entschlossen, der Polemik eines (SPD)-Kanzlers Schröder gegen von ihm als faul beschimpfte Arbeitslose und der ihn unterstützenden Madsack-Presse eine publizistische Gegenstimme zur Einführung der „Agenda 2010“ zu erheben. Diese Gruppe nannte sich „Agenda 2010 kippen“.
Der Name ALPTraum wurde gewählt, um zum Beispiel den Politikern durch freche Kritik und die Aufdeckung der Unsäglichkeiten bei der so genannten Sozialreform, Alpträume zu bereiten. Rückmeldungen aus der regionalen Politik sind hörbar, beispielsweise in der Form: „Wir erhalten in unserer Verwaltung den @lptraum als E-Mail-Rundsendung“.
Es freut uns umso mehr, dass sich dieser Vertriebsweg ohne unser direktes Einwirken etabliert hat. Weniger erfreulich ist und war die Tatsache, dass unmittelbar nach Erscheinen des @lptraum uns eine kostenbewehrte Abmahnung der Bundesagentur für (keine) Arbeit aufforderte, doch das A-Logo der Arbeitsämter im Schriftzug Alptraum zu unterlassen. Schließlich, so die Meinung der Rechtsabteilung, sei unter Umständen eine Verwechslung möglich.
Ob freche Berichte von @lptraum-Redakteuren in der Live-Sendung „Politbüro“ zum Verlust der Frequenz 106.5 MHz von Radio Flora führten? Wahrscheinlicher ist, dass Meinungsvielfalt nicht mehr zu den (erwünschten) Tugenden von Medienmachen gehören.
Letztendlich halten wir uns nach wie vor für ein gestandenes „Arbeits-Losen-Presse-Traumteam“, welches sich, abgesehen von der sporadischen Mitarbeit weniger Getreuer, bis auf den heutigen Tag mit den zwei Hauptmachern, Erwin Stefaniuk und Heinz-Dieter Grube, gefestigt hat. Vielleicht ist das auch unser Stabilitäts-Geheimnis. Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sind ein Muss: Unser Jahresetat ist bescheiden, ebenso wie wir es als Personen „mitten im abgehängten Prekariat“ sind. Die Abgabe gedruckter, kostenloser @lptraum-Exemplare kann an Interessierte erfolgen, so diese sich bei dem Asphalt-Verkäufer HaDe am Standort Schillerdenkmal (Nähe C&A) einfinden. Der Alltag der „Einheit in Armut“ ist dort täglich wahrzunehmen, Flaschensammler sind im Bild der hannöverschen Innenstadt im Minuten-Rhythmus wahrzunehmen. Eine Einheit in Wohlstand bleibt nur Wenigen vorbehalten.

Heinz-Dieter Grube

Cartoon: Thomas Stethin

Beratung & Unterstützung

ASG-Beratungsstelle für Arbeitslose
Walter-Ballhause-Straße 4
30451 Hannover
Tel. 0511 442421

Treffpunkte & Unterkünfte

Krankenwohnung Die KuRVe
Helmstedter Straße 1
30519 Hannover
Tel. 0511 8387320
Tageswohnung Treffpunkt Karl-Lemmermann-Haus
Kötnerholzweg 9
30451 Hannover
Tel. 0511 2110634
Mo–Fr 9:00–14:00 Uhr
Szenia – Tagestreff und Beratung für Frauen
Burgstraße 12
30159 Hannover
Tel. 0511 7600100
Mo, Di, Do 10:00–15:00 Uhr
Fr 10:00–13:00 Uhr
Tagestreff Nordbahnhof
Engelbosteler Damm 113
30167 Hannover
Tel. 0511 9205660
Di + Do 14:00–19:00 Uhr
Mi 14:00–21:00 Uhr
So 9:00–15:00 Uhr
Tagestreffpunkt DÜK
Lavesstraße 72
30159 Hannover
Tel. 0511 3632538
Mo, Di, Do, Fr 9:00–14:30 Uhr
Mi 9:00–12:00 Uhr
Männerwohnheim Schulenburger Landstraße
Schulenburger Landstraße 335
30419 Hannover
Tel. 0511 9781790
Bahnhofsmission Hannover
Hauptbahnhof / Raschplatz
30161 Hannover
Tel. 0511 320168
Mo–So 6:45–0:00 Uhr
Kontaktladen Mecki
Raschplatz 8 c-d
30161 Hannover
Tel. 0511 3480264
Mo–Do 8:00–11:00 Uhr
Fr 8:00–12:00 Uhr
Sa 8:00–10:00 Uhr
Sozialdienst für Wohnungslose Caritasverband Hannover e.V.
Leibnizufer 13–15
30169 Hannover
Tel. 0511 12600-1072
Mo, Do, Fr 8:30–13:00 Uhr
Di 13:00–16:00 Uhr
Mi 8:30–17:00 Uhr

Essen

Lindener Tisch e.V.
Dunkelberggang 7
30449 Hannover
Tel. 0511 27078187
Frühstück 0,50 Euro pro Portion: Di, Mi, Fr 8:30–9:30 Uhr; Mittagessen 1,00 Euro pro Portion: Mo–Fr 12:30–13:45 Uhr
Lebensmittelausgabe: Mo + Do 14:30–16:00 Uhr
Tierfutterausgabe: Mo + Do 14:30–16:00 Uhr

Sucht & Krankheit

Alkoholfreier Tagesaufenthalt Saftladen
Podbielskistraße 136
30177 Hannover
Tel. 0511 691762
Mo 12:00–19:00 Uhr
Di + Fr 10:00–14:00 Uhr
Mi + Do 10:00–16:00 Uhr
Paul-Oehlkers-Haus
Sozialtherapeutische Einrichtung für chronisch Abhängige
Plantagenstraße 17
30455 Hannover
Tel. 0511 2609243
Hannöversche AIDS-Hilfe e.V.
Lange Laube 14
30159 Hannover
Tel. 0511 360696-0
La Strada
Anlauf- und Beratungsstelle für drogengebrauchende Mädchen und Frauen
Escherstraße 25
30159 Hannover
Tel. 0511 140-23 / -33
Mo + Do 10:00–15:00 Uhr
Di 15:00–20:00 Uhr
Fr 15:00–19:00 Uhr
Fixpunkt
Hamburger Allee 75
30161 Hannover
Tel. 0511 3886465
Neues Land e. V. – SOS Bistro
Steintorfeldstraße 4a
Tel. 05103 9278795
Di–Fr 14:00–21:00 Uhr
Sa + So 17:00–21:00 Uhr
Kontaktcafé Bauwagen
hinter dem Bahnhof, unter der Raschplatz-Hochstraße
Tel. 0511 9992699
Mo–Fr 14:00–17:00 Uhr

hs

Termine

Zur Erinnerung:

9. November 1918 – Novemberrevolution

9. November 1938 – Beginn der Novemberpogrome

9. November 1989 – Mauerfall

Dazu am 9. November 2014, 11 Uhr:
Führung mit Diskussion durch die Ausstellung im Historischen Museum, Hannover

Außerdem an diesem denkwürdigen 9. November:

1848 – Hinrichtung von Robert Blum, deutscher Politiker der Märzrevolution

1923 – Hitler-Ludendorff-Putsch in München

Aktuell:

17. Oktober – Weltarmutstag
20. November – Fachtag Landesarmutskonferenz Niedersachsen: „Grenzen der Gerechtigkeit – Armut in Niedersachsen und Europa“, Freizeitheim Linden, Windheimstraße 4, 30451 Hannover, Anmeldung: gleitzek@gmx.de

Jeden Monat erscheint „Asphalt“, das Straßenmagazin, in Hannover und 15 weiteren Städten in Niedersachsen – auch in Ihrer Nähe. Die Verkäufer/innen sind Menschen, die wohnungslos oder unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht sind, wohnungslos waren und deren Einkommen nicht höher liegt als der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II. Die Verkäufer/innen erhalten 80 Cent des Verkaufspreises von 1,60 Euro.

Für einen „sozialen Arbeitsmarkt“

Interview mit Hartmut Tölle, DGB Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt

HEZ: Der 3.10. ist der Feiertag der deutschen Einheit, aber eine Spaltung wird immer größer: zwischen Arm und Reich. Was fordert der DGB Niedersachsen, um Armut und Ausgrenzung nachhaltig zu bekämpfen?

Hartmut Tölle: Arbeit ist Quelle des gesellschaftlichen Reichtums und Voraussetzung eines selbstbestimmten Lebens. Qualifizierte Erwerbsarbeit dient nicht nur der Existenzsicherung, sondern auch der Anerkennung der Person und der Selbstverwirklichung. Anhaltende Arbeitslosigkeit ist ein Schlag gegen die Menschenwürde. Zentrale politische Gestaltungsaufgabe ist daher die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Die Verwirklichung dieses Zieles ist ökonomisch möglich. Allerdings brauchen wir dafür eine andere Wirtschaftspolitik, in der die Nachfrage im Mittelpunkt steht – die Beschäftigten brauchen höhere Löhne, um mehr kaufen zu können. In der Arbeitsmarktpolitik brauchen wir eine neue Ordnung der Arbeit, die prekäre Arbeit eindämmt. Auf Ebene der Europäischen Union ist ein „Marshallplan“ mit massiven Investitionen in die Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen nötig. Außerdem sollten die Beschäftigten die Entwicklung ihrer Unternehmen maßgeblich mitgestalten und z.B. über Standortverlagerungen mitentscheiden. Vorbild ist hier die Mitbestimmung in der Montanindustrie. Und nicht zuletzt: Reichtum muss gerecht verteilt werden. Dazu brauchen wir eine andere Steuerpolitik, die hohe Einkünfte, hohe Gewinne und hohe Vermögen stärker zur Verantwortung zieht.

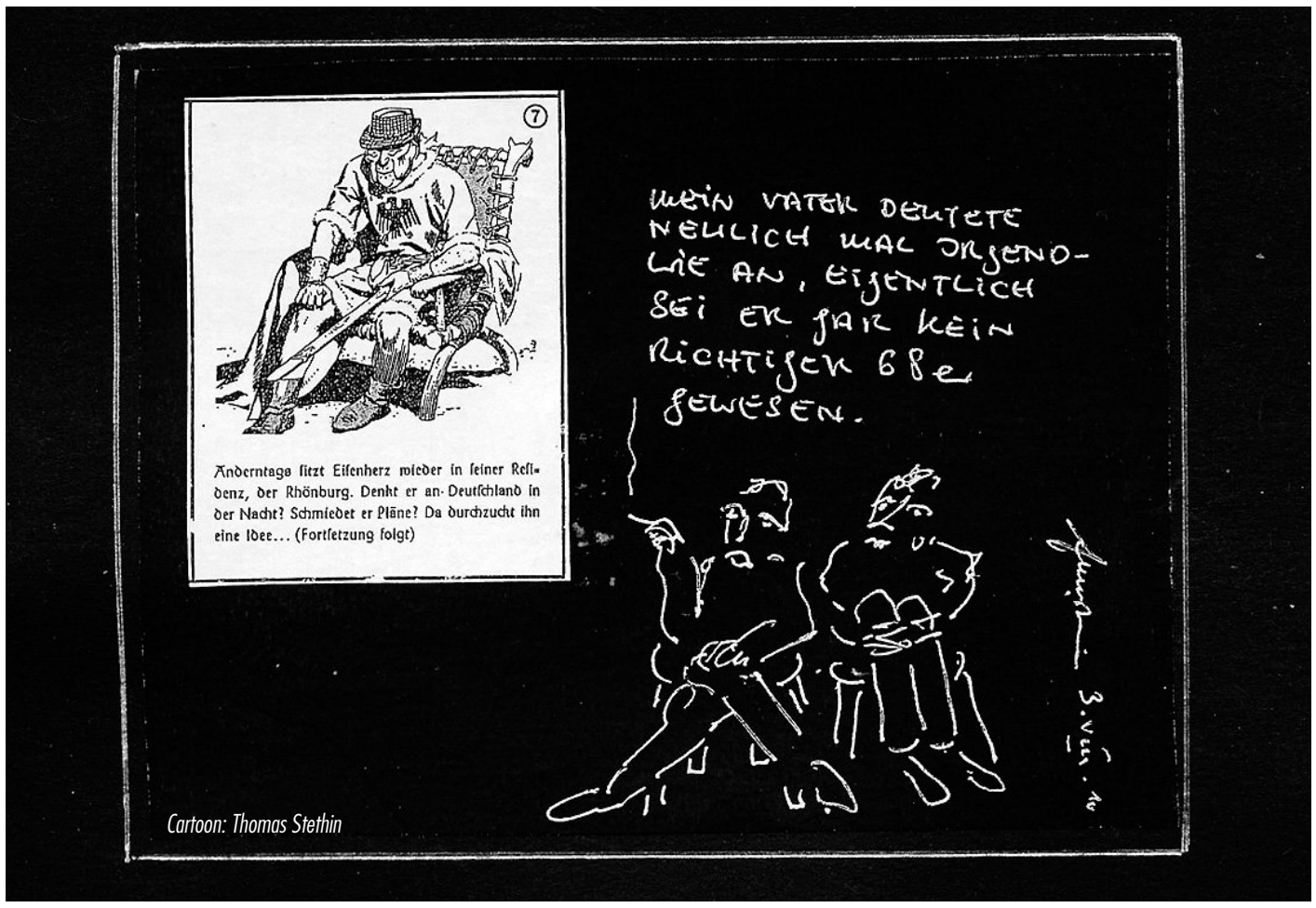
Hartmut Tölle (Foto) ist Bezirksvorsitzender des DGB Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt. Der DGB ist Mitglied der Landesarmutskonferenz Niedersachsen.

HEZ: Langzeitarbeitslose haben oft mehrere Vermittlungshemmnisse und sind nur schwer vermittelbar. Immer häufiger wird daher ein sogenannter „Öffentlicher Beschäftigungssektor“ diskutiert. Was hält der DGB davon?

HT: Für Langzeitarbeitslose gibt es kaum Chancen auf reguläre Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt. Daher brauchen wir einen öffentlichen Beschäftigungssektor, einen so genannten „sozialen Arbeitsmarkt“ mit fairen Bedingungen. Unzweifelhaft gibt es enormen gesellschaftlichen Bedarf an einer besseren sozialen Infrastruktur, vor allem in den Bereichen Erziehung, Bildung, Pflege und Gesundheit. Hier könnten Langzeitarbeitslose sinnvoll bei Kommunen und Wohlfahrtsverbänden auf freiwilliger Basis zu regulären, tariflichen Bedingungen beschäftigt werden. Diese Beschäftigung muss allerdings zusätzlich und im öffentlichen Interesse sein, sie darf reguläre Beschäftigung also nicht verdrängen. Eine Beschäftigung bei privaten Arbeitgebern scheidet somit aus, da diese automatisch zu Wettbewerbsverzerrungen führt: Ein Unternehmen, das kostenlose Arbeitskräfte vom Staat erhält, könnte deutlich günstiger anbieten als seine Wettbewerber. Um eine Verdrängung von regulärer Beschäftigung bei Kommunen und Wohlfahrtsverbänden zu vermeiden, sollten in den Landkreisen Ausschüsse der Sozialpartner einstimmig über die Einrichtung entsprechender Arbeitsplätze entscheiden.

HEZ: Deutschland 2014: Jobwunder, Wirtschaftsmotor in Europa, Konsumlaune steigt. Lohnt es sich da überhaupt noch, in eine Gewerkschaft einzutreten?

HT: Seit dem Jahr 2000 wurden in Deutschland 1,4 Millionen Vollzeitstellen abgebaut. Die Zunahme der Beschäftigung resultiert allein aus der Schaffung von Teilzeitstellen, Leiharbeit und prekärer Beschäftigung. Inzwischen arbeiten fast 13 Millionen Menschen in Teilzeit, rund 5 Millionen von ihnen haben nur einen Minijob mit einem Einkommen von maximal 450 Euro im Monat. Immer mehr Menschen sind daher von einer neuen Form der Arbeitslosigkeit betroffen, der Unterbeschäftigung: Die Betroffenen haben einen Teilzeitjob, sie würden aber gerne länger arbeiten. Der Arbeitsmarkt ist also tief gespalten. Gewerkschaften sind daher so wichtig wie nie, um bessere Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer durchzusetzen. Diese sind keine Geschenke der Arbeitgeber, sondern Resultat gemeinsamen Handelns in den Gewerkschaften. Die Einführung des Mindestlohnes zum Beispiel wäre ohne den Einsatz von DGB und Gewerkschaften nicht erfolgt. Deshalb ist es auch heute wichtig, dass viele Menschen Mitglied einer Gewerkschaft werden.



Cartoon: Thomas Stethin

Recht & Gesetz

Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe über geplante Hartz-IV-Verschärfungen

Unter dem Titel „Rechtsvereinfachungen im SGB II“ berät eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe seit Sommer 2013 über Hartz-IV-Reformen. Zukünftig soll bereits beim ersten versäumten Termin beim Jobcenter ein knappes Drittel des Hartz-IV-Regelsatzes vom Amt einbehalten werden. Bisher waren es 10 Prozent. Umgangsberechtigte Hartz-IV-Bezieher können die Besuche ihrer Kinder bisher als „temporäre Bedarfsgemeinschaften“ anrechnen lassen. Dies soll zukünftig aber nur noch möglich sein, wenn nachweislich keine interne Einigung mit dem Partner möglich war. Da es gleichzeitig keine Bescheide für diese Regelungen mehr geben soll, haben Betroffene dann auch keine Möglichkeit, dagegen zu klagen. Positive Pläne gibt es auch: Der Leistungsbewilligungszeitraum soll von derzeit sechs auf zwölf Monate ausgedehnt und der Pfändungsschutz auf Hartz-IV-Leistungen wieder eingeführt werden.

Bundessozialgericht (BSG) kippt ungerechte Sozialhilfe-Regelung

Sozialhilfebezieher, die mit Freunden oder Angehörigen zusammenleben und einen gemeinsamen Haushalt führen, haben laut einem Entscheid des BSG vom Juli 2014 Anspruch auf die Regelbedarfsstufe 1 (391 Euro). Bisher galt nur die Regelbedarfsstufe 3 (313 Euro) für diesen Personenkreis, dadurch wurden viele Menschen mit Behinderungen diskriminiert.

Hartz IV-Bezieher haben keinen Anspruch auf Kostenübernahme für Kabelanschluss

Hartz-IV-Bezieher haben generell keinen Anspruch auf die Übernahme der Kosten für den Kabelanschlussvertrag zur Nutzung von Fernsehen und Rundfunk (Landessozialgericht Halle, Juni 2014, Aktenzeichen: L 4 AS 98/11). Diese Beträge seien im Regelsatz enthalten, Sonderkosten werden nicht erstattet.

Hartz-IV-Bezieher haben nach Trennung vom Partner Anspruch auf Waschmaschine

Wenn sich Hartz-IV-Bezieher von ihrem Partner trennen und einen eigenen Haushalt gründen, muss das Jobcenter die Kosten für eine Waschmaschine übernehmen (Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen Aktenzeichen: L 11 AS 369/11).

Bei Geldstrafen gegen Hartz-IV-Bezieher müssen 70 Prozent des Regelsatzes als unerlässliches Existenzminimum unangetastet bleiben

Zur Ermittlung der Tagessatzhöhe bei Geldstrafen gegen Hartz-IV-Bezieher wird nicht nur der Regelsatz als Nettoeinkommen gezählt, sondern auch die Leistungen für Unterkunft und Heizung (Oberlandesgericht Braunschweig (Aktenzeichen: 1 Ss 18/14). *kdg*

Quelle: *www.gegen-hartz.de*

„Es fehlt der politische Wille, die Armut ernsthaft zu bekämpfen“

Beitrag der Nationalen Armutskonferenz

Die deutsche Einheit ist eng verbunden mit der Armutsberichterstattung. Denn am 9. November 1989 fiel nicht nur die Berliner Mauer, sondern an diesem Tag veröffentlichte der Paritätische Wohlfahrtsverband auch den ersten Armutsbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Der Bericht brachte das Thema Armut erstmals öffentlichkeitswirksam auf die politische Agenda.

Während in der wiedervereinigten Bundesrepublik zu Beginn niedrige Armutsquoten im Westen und hohe im Osten üblich waren, verringerten sich die Unterschiede kontinuierlich. Vielmehr kristallisierte sich in den vergangenen Jahren eine stärkere Spaltung zwischen armen und wohlhabenden Regionen heraus. Bayern und Baden-Württemberg setzen sich als die Bundesländer mit der geringsten Armut immer weiter von den anderen Ländern ab. Währenddessen nimmt die Armut in den ärmsten Bundesländern Bremen und Mecklenburg-Vorpommern mit Armutsquoten von über 20 Prozent noch einmal zu.

Regional betrachtet ist die Entwicklung im Ruhrgebiet besonders besorgniserregend. Dort ist die Zahl der von Armut betroffenen Menschen seit 2006 um über 20 Prozent gestiegen. In den Städten Dortmund und Duisburg liegen die Armutsquoten mittlerweile bei über 25 Prozent – jeder vierte Einwohner ist dort einkommensarm oder zumindest von Armut bedroht.

Spätestens mit diesen Zahlen dürfte die Einschätzung der Bundesregierung aus dem 4. Armutsbericht widerlegt sein, dass die Armutsquote seit 2007 relativ konstant sei und dass sich die Einkommensschere schließe.

Wer dies behauptet, verschließt vor den Problemen in unserem Land bewusst die Augen.

Wir sind noch weit von einer chancengerechten Gesellschaft entfernt, vielleicht sogar noch weiter als jemals zuvor. Dabei können Armut und soziale Ausgrenzung sehr wohl vermieden werden. Was bisher jedoch fehlt, ist der politische Wille, das auch zu erreichen. Damit die Schere zwischen wohlhabenden und abgehängten Regionen nicht weiter auseinandergeht, muss die Bundesregierung diesem Trend entschlossen entgegentreten. Die Nationale Armutskonferenz hat schon einmal fünf Vorschläge gemacht:

Wir brauchen eine konsequente Armutspolitik, verknüpft mit der gezielten Förderung von betroffenen Regionen.

Wir brauchen einen öffentlich geförderten, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungssektor, um auch für schwervermittelbare Langzeitarbeitslose neue Perspektiven zu schaffen.

Der Regelsatz von Hartz IV bzw. die Grundsicherung im Alter müssen bedarfsorientiert angehoben werden, z. B. um die deutlich gestiegenen Energiepreise, die vor allem einkommensschwache Haushalte zumeist überdurchschnittlich stark belasten.

Die Regelsätze für Kinder müssen eigenständig und bedarfsgerecht ermittelt und das bürokratische Bildungs- und Teilhabepaket reformiert werden.

Immer mehr Menschen leben ohne Wohnung oder sind akut von Wohnungslosigkeit bedroht. Daher muss die Förderung des Sozialen Wohnungsbaus deutlich verstärkt werden.

Joachim Speicher,
Sprecher der
Nationalen Armutskonferenz

nak
Nationale Armutskonferenz

Die Nationale Armutskonferenz ist ein Zusammenschluss von Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, der Kirchen, des DGB und bundesweit organisierter Initiativen mit professionell und oder ehrenamtlich Tätigen. Diese verfügen über unterschiedlichste Armutserfahrungen und kennen die Auswirkungen von Armut und sozialer Ausgrenzung sehr genau. Ziel der Nationalen Armutskonferenz ist es, über Armut aufzuklären, die Auswirkungen zu beschreiben, Lösungsmöglichkeiten zur Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung in die Öffentlichkeit und den politischen Prozess zu tragen. Weitere Informationen unter:

www.nationalearmutskonferenz.de

Wie viel Ungleichheit verträgt die deutsche Einheit?

Seit 1994 ist im Grundgesetz festgelegt, der Bund hat für die „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu sorgen.“ Bis zur Verfassungsreform nach der deutschen Einheit ging es noch im Grundgesetz um einheitliche Lebensverhältnisse (Artikel 72 Absatz 2). Gleichwertigkeit unterscheidet sich wesentlich von Einheitlichkeit. Sie ist weniger eindeutig und lässt damit auch einen größeren Interpretationsspielraum zu.

Wie haben sich die Ost-West-Konvergenz der Lebensverhältnisse und ihre Grundlage, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, in den neuen Bundesländern in den fast 25 Jahren seit der deutschen Einheit verändert? Im Vergleich zu den alten Bundesländern hat Ostdeutschland ohne Berlin nach dem letzten Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit (Ende 2013) im Jahr 2012 beim BIP je Einwohner einen Stand von rund 68 % (mit Berlin 71 %) erreicht. Gegenüber 1995 hat sich zwar der Abstand um etwas über zwei Prozentpunkte verringert, dies ist aber Resultat des ostdeutschen Bevölkerungsrückgangs. Wenn dieser herausgerechnet wird, ist das relative Niveau seit 1996 faktisch unverändert geblieben.

Bei einigen anderen Indikatoren betrug das relative Niveau Ostdeutschlands mit Berlin (Relatives Niveau Ostdeutschland 2012 in Prozent - alte Bundesländer = 100):

*BIP je Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen**	*79,4*
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	*81,6*
Bruttoanlageinvestitionen je Einwohner	*76*
Kapitalstock je Einwohner	*76*

Der ostdeutsche Rentenwert ist nach wie vor niedriger. Dieser liegt ab 1. Juli 2013 im Osten bei 25,74 Euro und im Westen bei 28,14 Euro. An diesen Angaben zu den West-Ost-Unterschieden wird deutlich, dass bei den für einen Vergleich relevanten Indikatoren noch beträchtliche Differenzen bestehen. Zu berücksichtigen ist dabei noch, dass die tarifliche Arbeitszeit in Ostdeutschland länger als in Westdeutschland ist.

Diese Ost-West-Abstände, die auch nach fast 25 Jahren deutscher Einheit bestehen, widersprechen eindeutig der Forderung des Grundgesetzes nach gleichwertigen Lebensverhältnissen.

Diese Situation äußert sich in mehreren Problemen und Konsequenzen: Einmal in der unterschiedlichen Wahrnehmung der bisherigen Ergebnisse durch die Menschen in Ost- und Westdeutschland. Nach einer Befragung des Allensbach Instituts glaubt der weit überwiegende Teil der westdeutschen Bevölkerung, dass sich die Lebensverhältnisse in Ost und West weitestgehend angenähert haben, während 78 Prozent der Ostdeutschen das aber anders sehen. Zum anderen, dass nach wie vor in Ostdeutschland mehr verbraucht als produziert wird, wofür beträchtliche Finanztransfers und West-Ost-Lieferüberschüsse an Waren notwendig sind. Ein wesentlicher Teil der Finanztransfers erfolgt auf Grundlage des Solidarpakts II, der 2019 zu Ende geht. Die Angriffe auf den Solidarpakt II und auf die Finanztransfers im Rahmen des Länderfinanzausgleichs durch die Geberländer nehmen zu, die Forderungen werden lauter, diese Finanztransfers zu reduzieren. Weiterhin zeigen die Ergebnisse seit Mitte der 1990er Jahre, dass bei Fortsetzung der bisherigen Politik in der Ost-West-Angleichung kaum Fortschritte zu erzielen sind. Schließlich muss noch berücksichtigt werden, dass die Armut in den neuen Bundesländern vor allem infolge der höheren Anteile prekärer, untertariflicher Entlohnung und der weit höheren Arbeitslosigkeit, stärker ausgebreitet ist als im Westen.

Problematisch für die zukünftige Entwicklung, vor allem die für Wachstum und Innovationen, sind insbesondere die weit niedrigeren Niveaus bei den Investitionen und beim Kapitalstock je Einwohner und die noch größeren Rückstände in den Forschungsaufwendungen der Wirtschaft, die auch in dem geringen Anteil von Großbetrieben eine wesentliche Ursache hat.

Zusammenfassend ließe sich die in der Überschrift gestellte Frage wie folgt beantworten: Die bisherigen Ergebnisse im wirtschaftlichen und sozialen Angleichungsprozess können nicht befriedigen und widersprechen dem Grundsatz nach gleichwertigen Lebensverhältnissen. Es kann bisher aber nicht festgestellt werden, dass sie zu Unruhen und zu einer Destabilisierung der Lage geführt haben und damit mit der Einheit unverträglich sind. Wenn aber keine positive Änderung der Politik erfolgt, besteht die Gefahr, dass die fortdauernden oder sogar sich noch weiter vertiefenden Ost-West-Ungleichheiten bei den für die weitere Entwicklung entscheidenden Indikatoren – Investitionen, Forschung, Steuereinnahmen der Länder und Kommunen, Anteil junger, qualifizierter und motivierter Erwerbstätiger – infolge der hohen Abwanderung junger Menschen zukünftig die Grenzen der Verträglichkeit überschreiten wird.

Prof. Dr. Klaus Steinitz,
Wirtschaftswissenschaftler, Berlin
Mitglied der Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik

**Auf Grund der weit höheren Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland als Folge der geringeren Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Bevölkerung, ist der Abstand beim BIP je Einwohner beträchtlich größer als bei der Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigen).*

Kostenlos, unabhängig, niedrigschwellig, parteiisch

Über die Arbeitsloseninitiative Oldenburg (ALSO)

Erwerbslose haben 1982 die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg e.V. gegründet und 1983 das erste Arbeitslosenzentrum bezogen – seit Anfang 2007 befindet es sich in der Donnerschweer Str. 55, einem Haus, das der Stiftung „Trotz alledem“ gehört und selbst umgebaut und renoviert wurde. Eine unabhängige Sozialberatung – zunächst als Selbsthilfe, dann auch als Angebot für andere Erwerbslose – hat sich von Anfang an als Schwerpunkt der Arbeit herauskristallisiert. Seit der Einführung von „Hartz IV“ ist die Nachfrage nach Sozialberatung enorm gestiegen. In den vergangenen Jahren wurden rund 2.500 Beratungsgespräche pro Jahr geführt – in 80 Prozent der Fälle zu „Hartz IV“. Dabei ging es um Erstanträge, unverständliche Bescheide, Unterkunftskosten, Einkommensanrechnung, Vermittlungen, Trainingsmaßnahmen u.v.a.m. In mehr als 700 Fällen pro Jahr mussten Widersprüche, Rücknahmeanträge, Klagen oder andere Korrekturmaßnahmen empfohlen werden. Die Beratung ist kostenlos, parteiisch, unabhängig und niedrigschwellig. Zu den Beratungszeiten sitzen BeraterInnen und Ratsuchende in einem großen Raum. Ratsuchende kommen miteinander ins Gespräch, können sich teilweise gegenseitig helfen und die Erfahrung von Vereinzelung überwinden. Erfahrungen aus der Beratung über die soziale Realität der Betroffenen und die Ämterpraxis sind auch Ausgangspunkt für sozialpolitische Kampagnen. Z. B. konnte 2008 in Oldenburg ein kommunaler Fonds durchgesetzt werden, aus dem Kinder von Eltern mit geringem Einkommen einen Zuschuss für die Anschaffung von Schulmaterialien erhalten. Regelmäßig werden „Zahltage“ organisiert und immer wieder Menschen beim gefürchteten Gang zum Amt begleitet.

Die ALSO mischt sich in sozialpolitische und kommunalpolitische Debatten ein, die die Lebensrealität von Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen betreffen. So nehmen wir Stellung zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, zu Ein-Euro-Jobs, zu Wohnungsmangel, Energiearmut und Mietobergrenzen, zu Leiharbeit und Lohndumping, usw. Die ALSO gibt die einzig bundesweit erscheinende Erwerbslosenzeitung „quer“, seit 2012 als Onlineausgabe „quer für alle“, heraus. In der „quer“ werden politische Informationen und Debatten, juristische Neuregelungen und Beratungshinweise veröffentlicht. Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der ALSO wurde in Kooperation mit der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg ein wissenschaftlich-politisches ALSO-Symposium durchgeführt und seit dem in unregelmäßigen Abständen wiederholt. So wird immer wieder der Kontakt, Austausch und die Zusammenarbeit mit den akademischen Institutionen gesucht. Daneben ist die ALSO auch in bundesweiten Zusammenschlüssen von Erwerbslosenitiativen aktiv. So haben wir uns nicht nur intensiv an bundesweiten Protesttagen gegen Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Armut beteiligt, wir sind auch zu unterschiedlichsten Anlässen mit eigenen Aktionen unterwegs. Zuletzt haben wir das „Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum“ mit auf den Weg gebracht, in dem Erwerbslose, Gewerkschafter, Flüchtlingsinitiativen, Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Bauern- und Umweltschützer gemeinsam für höhere Regelsätze streiten. Das Frühstück jeden Freitag, das Mittagessen jeden Dienstag, politische und kulturelle Veranstaltungen sowie gemeinsame Unternehmungen runden die Aktivitäten der ALSO ab und tragen dazu bei, das Arbeitslosenzentrum offen zu gestalten und Interessierten unterschiedliche Anlaufpunkte zum Kennenlernen oder Mitarbeiten zu bieten.

Weitere und aktuelle Informationen gibt es auf der Internetseite der ALSO: *www.also-zentrum.de*. Und da die ALSO einen Großteil ihrer Arbeit auch über abzugsfähige Spenden finanziert, zum Schluss das Spendenkonto unseres Fördervereins:

SoSelbst
Oldenburgische Landesbank
BLZ: 280 200 50
Kto.-Nr.: 1447410000

Michael Bättig, ALSO

Cartoon: Thomas Stethin

Wussten Sie schon? – Tipps und Nützliches

Empfänger von Arbeitslosengeld II haben Anspruch auf Urlaub

Erwerbslose mit Grundsicherung auf der Basis von Arbeitslosengeld II haben theoretisch Anspruch auf Urlaub. Praktisch scheitert der Wunsch nach Luftveränderung wohl leider zu oft am schmalen Budget. Aber sollte ein reicher Erbonkel aus den Vereinigten Staaten Sie demnächst zu einem Besuch nach Amerika einladen: zögern Sie nicht! Sie dürfen sich sechs Wochen pro Jahr bei der Arbeitsagentur abmelden. Drei Wochen lang zahlt die Agentur weiterhin das monatliche Arbeitslosengeld II. Den Rest muss der Erbonkel übernehmen. Ach ja: Vergessen Sie nicht, den Urlaub rechtzeitig bei der Arbeitsagentur anzumelden. Achtung: Wer länger als sechs Wochen abwesend ist, erhält die ersten drei Wochen nach der Rückkehr auch keine Bezüge. Gut, wer da einen reichen Erbonkel hat.

Verreisen per Wohnungstausch

Sie haben keinen reichen Erbonkel? Dann versuchen Sie es doch mal mit einem befristeten Wohnungstausch. Das kostet zwar auch etwas, ist aber immer noch billiger als die üblichen Angebote der Tourismus-Industrie. In Europa und in den USA gibt es verschiedene Tauschbörsen, die den Wohnungstausch für einige Wochen im Inland oder Ausland vermitteln. Man muss sich bei den Tauschbörsen registrieren. Die Kosten dafür belaufen sich auf rund 35 bis 140 Euro pro Jahr. Registrieren kann sich nur, wer eine Privathaftpflichtversicherung nachweist: falls in der fremden Wohnung etwas zu Bruch geht.

Eine Auswahl aktueller Tauschbörsen:
– Homelink: *www.homelink.de*
– Swapeo: *www.swapeo.com*
– Haustauschferien: *www.haus tauschferien.com*
– Spacexchange: *www.spacexchange.de*
– Intervac: *www.intervac-homeex change.com*
– Home for Home Internet: *http://de.homefor home.com/*

BeWelcome: Das gemeinnützige Gastfreundschaftsnetzwerk

Seit Mitte der 2000er-Jahre ist das sogenannte Couchsurfing in Mode gekommen, aufgrund datenschutzrechtlicher Bedenken und der Kommerzialisierung dieser Idee jedoch schnell in Verruf geraten. Als Alternative ist die gemeinnützige Organisation BeWelcome entstanden. BeWelcome ist ein Gastgebernetzwerk, dessen Mitglieder weltweit sich nicht nur kostenlos Schlafplätze zu Verfügung stellen, sondern auch in anderen Belangen für ihre Gäste da sind: zum Beispiel ihnen Ort und Umgebung oder Sehenswürdigkeiten zeigen. Bei BeWelcome kann sich jeder registrieren, der oder die über 18 Jahre alt ist. Wer BeWelcome in Anspruch nimmt, aber selbst keine Gäste bei sich aufnehmen kann oder will, sollte auf andere Art und Weise etwas für das Netzwerk tun, etwa an der Verbesserung der Website mitarbeiten, andere Mitglieder treffen oder Ähnliches. Internet: *www.bewelcome.ord*

Kultur erleben mit KulturLeben Hannover

Jeden Abend bleiben Plätze bei Kulturveranstaltungen ungenutzt. Die Initiative KulturLeben Hannover will das ändern. Veranstalter von kulturellen Ereignissen werden dazu aufgerufen, der Initiative nicht verkaufte Karten zu überlassen. KulturLeben Hannover gibt sie dann an Menschen weiter, die geringe Einkünfte haben. Gast bei KulturLeben Hannover kann werden, dessen Einkommen folgende Grenzen nicht übersteigt: 1.000 Euro netto (1 Person); 1.300 Euro netto (2 Personen); + 300 Euro pro Kind. Wer diese Initiative nutzen möchte, kann sich anmelden im Freiwilligenzentrum Hannover, Karmarschstraße 30/32, 30159 Hannover, Telefon: 0511 / 3003446. Bitte vergessen Sie nicht, zur Anmeldung einen Einkommensnachweis mitzubringen. Sie können dann mit der Anmeldung ihre kulturellen Vorlieben angeben. Karten gibt es für Ausstellungen, Museen, Oper, Jazz/Weltmusik, Rock/Pop, Klassik, Volksmusik, Theater, Kabarett/Kleinkunst, Tanz/Ballett, Lesung/Vorträge, Kinderprogramm, Zirkus, Sport. *ab*

Hinweis: Wir recherchieren unsere Informationen und Tipps nach bestem Wissen und Gewissen. Eine Haftung können wir dafür aber nicht übernehmen. Bei den Rubriken in der HEZ haben wir uns an der früheren HALZ, Hannöversche Arbeitslosen Zeitung, und dem @lptraum orientiert.

ARMUT? DAS IST DOCH KEINE KUNST!

Rückblick auf ein erfolgreiches Projekt

Im Sommer und Herbst 2013 lief in Hannover das Projekt „Armut? Das ist doch keine Kunst!“ Unter diesem selbstironisch-offensiven Titel ging es sowohl um die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich allgemein als auch speziell um Armut unter Künstlern, eine Berufsgruppe, die wie kaum eine andere von Armut bedroht ist und für die prekäre Arbeitsbedingungen zum Alltag gehören.
Die Vorarbeiten liefen bereits seit 2010, das größte Problem war die Finanzierung. Schließlich kann keiner der beteiligten Künstler von seiner Kunst leben, alle müssen sich mit anderen Jobs über Wasser halten. Trotz der Förderung war das Projekt mit den vielen Beteiligten – zwei Ateliers mit sieben Künstlern sowie acht Gastkünstler – finanziell nicht ausreichend ausgestattet, hätte aber ohne das breite Spektrum an Förderern und Unterstützern überhaupt nicht stattfinden können: Bischöfliche Stiftung GfdL; Caritasverband für die Diözese Hildesheim e. V.; Diakonisches Werk der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers; Klosterkammer Hannover; Kulturbüro der Landeshauptstadt Hannover; Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen und Stiftung Niedersächsische Wohnungslosenhilfe.
Ein Projekt, drei Module
Ausstellungen zu Armut, Obdachlosigkeit und sozialer Ausgrenzung sind zwar nichts Neues, aber dieses Projekt ging über den Rahmen einer klassischen Ausstellung hinaus. Es ging um Partizipation, um die Einbindung Betroffener, um Kulturvermittlung für Menschen, die nicht zur Zielgruppe des Feuilletons gehören. Und diese Menschen wurden zur Teilnahme an Kunstaktionen motiviert, waren teilweise zum ersten Mal mit Kunst und Künstlern in Kontakt gekommen. „Armut? Das ist doch keine Kunst!“ basierte auf drei Modulen: einer Kunst-Ausstellung, Projekten in sozialen Brennpunkten und der Intervention Kunst am Kiosk.
Die Kunst-Ausstellung fand von Oktober bis November 2013 in zwei hannöverschen Ateliers statt und war der formelle Abschluss des Projekts. Zur Vernissage wurde den mehr als 250 Besuchern ein kostenloser (Fahrrad-)Rikscha-Service zwischen beiden Ausstellungsorten angeboten: Eine bewusste Provokation vor dem Hintergrund, dass Rikschas prekäre Jobs der sogenannten Dritten oder Vierten Welt symbolisieren.
Die Projekte in sozialen Brennpunkten fanden begleitend zur Kunst-Ausstellung an drei Orten in Hannover statt: Tageswohnung Treffpunkt Karl-Lemmermann-Haus (Linden-Nord); Familienzentrum Carl-Sonnenschein-Haus (Vahrenheide) und Nachbarschaftsarbeit Canarisweg (Mühlenberg). Die teilweise hohe Beteiligung war überraschend: Denn bei Projekten in sozialen Brennpunkten oder mit Menschen in prekären Lebenslagen ist allgemein eher mit dem Gegenteil zu rechnen, weil die Betroffenen viel Energie und Zeit für die Bewältigung ihrer schwierigen Lebenssituationen aufbringen müssen – und für Kultur dann nicht mehr viel übrig bleibt.
Die öffentliche Intervention Kunst am Kiosk in Hannovers Nordstadt war das dritte Modul des Projekts. Im Sommer 2013 fanden dort einmal im Monat Lesungen, Musik und Kunst statt – umsonst, für alle und teilweise auch draußen. Der Kiosk als ursprünglicher Ort lokaler Versorgung und nachbarschaftlicher Kommunikation hat so der Kunst-Vermittlung einiges von ihrem vermeintlich elitären Charakter genommen. Die Hemmschwelle wurde niedriger, und so wurden auch Menschen erreicht, die sonst mit Kunst nicht viel am Hut haben.

Kunst kann man kaufen

Porsche, ALDI,
Siemens, Miele
Milliardäre gibt es viele

117 an der Zahl
nur hierzulande, national

Deren Kohle würde
reichen, den
Bundeshaushalt
auszugleichen

Davon nur wenige
Prozente:
gesichert wär' die
Künstler-Rente

Doch auch von niedrigen
Einkommen
sind Bilderkäufe stets
willkommen

Bei 15.000 Jahreslohn
ist Kunstkauf wie 'ne
Subvention

Die Wirklichkeit sieht
anders aus:
Den Kunstkauf tut man
sich verkneifen
und kauft stattdessen
Autoreifen

hs

Olaf Heinrich. Performance am 03.10. *Foto: add-dwh*

Foto: Volker Macke

Nach dem Projekt ist vor dem Projekt

Das Medien-Echo war ausgesprochen positiv: HAZ, Neue Presse, Asphalt, Evangelische Zeitung und das Wochenblatt berichteten ausführlich. Auf der Homepage *www.armut-das-ist-doch-keine-kunst.de* kann man den Materialband herunterladen und es gibt eine knapp 30-minütige Videodokumentation zum Projekt. „Armut? Das ist doch keine Kunst!“ wurde Anfang 2014 gemeinsam mit der Landesarmutskonferenz Niedersachsen auf Einladung von Sozialministerin Rundt als ein Projekt mit Modellcharakter im Kampf gegen Armut in der niedersächsischen EU-Vertretung Brüssel präsentiert.
Im August fand unter diesem Dach im Rahmen der Niedersächsischen Mitmachtage gegen Kinderarmut 2014 eine Ferienaktion für Schüler und Jugendliche statt. Zudem ist das Projekt am 3. Oktober 2014 bei der bundesweiten Einheitsfeier, die diesmal in Hannover stattfindet, vertreten und geht demnächst in die niedersächsischen Regionen. Elemente von „Armut? Das ist doch keine Kunst!“ sind wiederholt Bestandteile von Kampagnen und Veranstaltungen, so auch bei der „Solidaritätstafel“ von Caritas und Diakonie am 19.07.2014 in Hannover. Die Erfahrungen und Impulse der Projektarbeit haben die Arbeit der beteiligten Künstler/innen und ihren Blick auf die eigene Rolle als oft prekär Arbeitende nachhaltig verändert. Dieser Prozess geht weiter. *hs*

Impressum

Gefördert durch: Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

HEZ, Fössestraße 67, 30451 Hannover, Fon: 0511 2102067, gleitzek@gmx.de
Herausgeber: Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen und Achim Beinsen (ab), Klaus-Dieter Gleitze (kdg) (V. i. S. d. P.), Hermann Sievers (hs).
Internet: www.Landesarmutskonferenz-Niedersachsen.de
Druckauflage: 10.000 Exemplare
Die Übernahme der Texte und Bilder der HEZ bedarf der schriftlichen Einwilligung der Herausgeber. Diese Ausgabe wurde vom Land Niedersachsen gefördert.
Herstellung: argus print media Verlag (UG), Hannover, Telefon 0511 / 1234 116
Druck: Druckzentrum Braunschweig
argus print media Ltd®